



Pressemitteilung

Freitag, 14. Oktober 2022

Stadtverwaltung appelliert weiterhin an alle Norderstedter*innen, freien Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen

Norderstedt. Die Stadt Norderstedt fordert mehr finanzielle Unterstützung seitens des Landes, damit die den Kommunen zugewiesenen Flüchtlinge auch angemessen untergebracht und versorgt werden können. Die derzeitigen Mittel reichten nicht aus, um den Druck von den Kommunen zu nehmen, konstatieren Norderstedts Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder und Sozialdezernentin Katrin Schmieder. Zusätzlich rufen Sie Norderstedter*innen dazu auf, weiterhin freien Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind beide heute schon dankbar, dass so viele Norderstedterinnen und Norderstedter bereits Wohnraum anbieten und den eigenen teilen: „Das ist ein wirklich starkes Zeichen an gelebter Solidarität!“

„Wir haben in Norderstedt eine einmalige Situation: Die Zahl der uns zugewiesenen Flüchtlinge ist schon jetzt höher, als im Jahr 2015. Wir verspüren den Druck deutlich, uns mangelt es an Kapazitäten“, sagt die Oberbürgermeisterin. Die Stadt bereitet sich darauf vor, über die Wintermonate Flüchtlinge in Sporthallen unterbringen zu müssen. Zu Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine war eine Sporthalle entsprechend ausgestattet worden, musste als Notlösung bisher jedoch nicht in Anspruch genommen werden. „Das ist ein Zustand den auch jetzt keiner haben will“, sagt Sozialdezernentin Katrin Schmieder, „daher appellieren wir an alle in Norderstedt, die auch kurz-, mittel- und langfristig Wohnraum zur Verfügung haben, Kontakt mit der Stadt aufzunehmen.“

Seit der Flüchtlingskrise 2015 ist es weder der Stadt Norderstedt, noch anderen Kommunen trotz intensiver Integrationsarbeit gelungen, allen in den vorhandenen Unterkünften lebenden Geflüchteten dauerhaften Wohnraum anzubieten und damit Platz in den Unterkünften zu schaffen. „Erfahrungsgemäß kommen im Herbst und Winter noch mehr geflüchtete Menschen hinzu. Das wird nun auch mit der anhaltenden Kriegssituation in der Ukraine sicher der Fall sein. Wir sehen die Entwicklung mit Sorge“, sagt Elke Christina Roeder. Das Land stehe daher auch in der Pflicht, größere Landesunterkünfte wieder aufzumachen. Andernfalls würden die Kommunen schon bald vor sehr ernststen Problemen stehen.

Wie Sozialdezernentin Katrin Schmieder betont, gebe es nur bedingt die Möglichkeit, Sporthallen für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. „Die für eine Unterbringung notwendige Infrastruktur ist nicht überall gegeben, denn neben einem Bett brauchen die Menschen auch Sozialräume und Verpflegung. Das müssen wir zudem sicherstellen. Das ist eine schwierige Ausgangslage“, sagt



Katrin Schmieder. Auch Wohncontainer aufzustellen sei derzeit keine Option, da der Markt leer sei und zur Verfügung stehende Flächen nicht kurzfristig erschlossen wären. Dass in der Nachbarstadt Hamburg bereits auf Zelte zurückgegriffen wird, sieht die Stadtverwaltung als Sinnbild für die Dramatik der aktuellen Lage.

Die Oberbürgermeisterin warnt angesichts der herausfordernden Situation vor einer Stigmatisierung der Geflüchteten. Elke Christina Roeder: „Niemand flüchtet zum Spaß. Dessen sollten sich alle Menschen bewusst sein. Wir werden als Stadt tun, was wir können, um den Menschen zu helfen und uns weiterhin solidarisch in dieser Krisenlage zeigen. Wichtig ist und bleibt, dass wir alle in dieser Krise zusammenhalten.“

Aktuell sind in Norderstedt annähernd 2.100 Geflüchtete untergebracht. Aktuell 848 Menschen sind aus der Ukraine zugereist, von diesen sind aktuell 490 privat untergebracht und 358 in den städtischen Unterkünften. Derzeit werden der Stadt Norderstedt monatlich etwa 50 zusätzliche Geflüchtete zugewiesen. Für die weitere Unterbringung hat die Stadt Norderstedt zwischenzeitlich ein zweites Hotel angemietet. Mit den Wohnungsbaugesellschaften werden in Kooperation weitere Räumlichkeiten für die Unterbringung vorgehalten.

Norderstedter*innen, die Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen können, werden dringend gebeten, sich mit der Stadt Norderstedt unter E-Mail ukraine-hilfe@norderstedt.de Kontakt aufzunehmen. Jeder Raum zählt.